



rhein
kreis
neuss

Kreisverband Neuss

EU-INFORMATIONEN
des EUROPE DIRECT
Informationszentrums
Mittlerer Niederrhein
Juni 2016

Inhalt

Ziele und Konzepte der
Europäischen Kommission für
eine robuste Energieunion und
für eine Zukunftsorientierte
Klimaschutzpolitik

Vorwort Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Initiativen der Europäischen Kommission zur Entwicklung einer EU-Energieunion –

Mit der Dezemberausgabe 2014 der EU-Informationen haben wir Sie über die neue Europäische Kommission und die politischen Schwerpunkte, die sich der im Oktober 2014 vom Europäischen Parlament gewählte Präsident, Jean-Claude



Juncker, für die Arbeit der Europäischen Kommission bis 2020 gesetzt hat, informiert. In seiner damaligen „Bewerbungsrede“ vor dem Europäischen Parlament am 15. Juni 2014 legte Juncker unter dem Titel „Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“ einen 10 Punkte-Plan für die künftige Arbeit der Europäischen Kommission vor. Der an dritter Stelle aufgeführte Schlüsselbereich war „Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik“. Einleitend erklärte Juncker, dass die aktuellen geopolitischen Entwicklungen deutlich gezeigt hätten, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig sei; er zeigte sich daher entschlossen, die Energiepolitik Europas zu reformieren, neu zu strukturieren und eine neue europäische Energieunion zu schaffen.

In dieser Ausgabe wollen wir Sie über die seit dieser Ankündigung von der Europäischen Kommission entwickelten Ideen und vorgelegten Konzepte informieren und einen Überblick über die Ziele und den Zeitplan der Energieunion geben. Da wir als Europe Direct Informationszentrum vor allem unsere Aufgabe darin sehen, über die Umsetzung von EU-Beschlüssen vor Ort und die direkte Betroffenheit der Region Mittlerer Niederrhein zu informieren, möchten wir Sie zum Schluss der Ausgabe über die für den 19. September 2016 geplante Konferenz „EU-Energieunion auf regionale Ebene“, die wir gemeinsam mit unserem polnischen Partnerkreis Mikolów und unserem Nachbarkreis Rhein-Erft-Kreis auf Schloss Paffendorf ausrichten wollen, unterrichten. Schon heute möchte ich Sie hierzu herzlich einladen und hoffe, wir können Sie am Ende dieser Ausgabe für eine Teilnahme gewinnen.

Für weitere Informationen zur EU-Energieunion, zu der Energiekonferenz und allen Fragen rund um die Themen Europäische Union und Europa steht Ihnen das Team des Europe Direct Informationszentrums Mittlerer Niederrhein zu den unten angegebenen Zeiten gerne zur Verfügung.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat des Rhein-Kreises Neuss

Einleitung

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament zur EU-Energieunion wies Juncker bereits auf die entscheidenden Herausforderungen im Zusammenhang mit einer künftigen Energieversorgung des EU-Raums und weitreichende Lösungsansätze hin. „Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, unsere Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten abbauen“. Ferner wolle er den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix erhöhen, denn dies sei nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich, wenn Energie auch mittelfristig erschwinglich bleiben solle. Zudem müsse die Europäische Union eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Erderwärmung einnehmen und dies bei der kommenden Weltklimakonferenz in Paris deutlich zeigen, sagte Juncker.

Den Worten von Kommissionspräsident Juncker folgten zügig die Vorlage von Konzepten für die Entstehung einer Energieunion. Ferner setzte sich Juncker im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz für ein verbindliches und nachhaltiges Abkommen ein, das einen Anstieg der Erderwärmung auf unter 2 % festlegt.

Europäische Kommission gibt Startschuss für die Europäische Energieunion

Am 04. Februar 2015 gab die Europäische Kommission den Startschuss für eine EU-weite Debatte über die Energieunion. Bei einer Aussprache der Europäischen Kommission debattierte Juncker mit den 27 Kommissaren vor allem über die Diversifizierung der Energiequellen, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, und um die angestrebte Führungsposition der EU bei den erneuerbaren Energien zu sichern

Klimawandel – eine globale Herausforderung



Um der Erderwärmung Einhalt zu gebieten, haben die EU-Entscheidungsträger 2014 beschlossen:

- die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 40 % zu senken
- den Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 um 27 % zu erhöhen (Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Biomasse)
- die Energieeffizienz bis 2030 um 27 % zu steigern



Quelle: Europäische Kommission

sowie den Kampf gegen die globale Erderwärmung aufzunehmen.

„Unsere gegenwärtige Energiepolitik ist nicht nachhaltig und muss in jeder Hinsicht neu gestaltet werden“, **so der für die Energieunion zuständige Vizepräsident Maroš Šefčovič.** „Wir werden zusammenarbeiten, um stimmige Energiekonzepte für unterschiedliche Politikfelder zu entwickeln, um mehr Planungssicherheit zu ermöglichen. Klima, Verkehr, Industrie, Forschung, die Außenpolitik, die digitale Wirtschaft und die Landwirtschaft sind allesamt von zentraler Bedeutung für dieses Projekt. Mit der Energieunion sollen Trennungen zwischen den Politikbereichen dort, wo sie noch bestehen, aufgehoben und alle einschlägigen Akteure an einen Tisch gebracht werden. Mit anderen Worten: Die Energieunion steht für eine ganz neue Energiepolitik in Europa.“

Der Kommissar für Klimapolitik und Energie, Miguel Arias Cañete, fügte hinzu: „Die Energieunion ist ein ehrgeiziges Projekt, das neue Wege und eine klare langfristige Vision für die europäische Energie- und Klimapolitik aufzeigt. Es handelt sich nicht um alte Ideen in neuem Gewand, sondern um konkrete Maßnahmen zur tatsächlichen Umsetzung dieser Vision.“

Nach Angaben der Europäischen Kommission decken die EU-Mitgliedstaaten ihren Energiebedarf zu 55 Prozent aus Einfuhren, 90 Prozent des Wohnungsbestandes in Europa ist energieineffizient, aber die Energieinfrastruktur ist modernisierungsbedürftig und der Energiebinnenmarkt bei weitem noch nicht vollendet.

Europäische Kommission beschließt Maßnahmenpaket für eine krisenfeste Europäische Energieunion und eine zukunftsweisende Klimaschutzstrategie

Am 25. Februar 2015 hat die Europäische Kommission ihr Maßnahmenpaket für eine krisenfeste europäische Energieunion und eine zukunftsweisende Klimaschutzstrategie beschlossen. Neben einer Rahmenstrategie mit den Zielen der Energieunion und konkreten Schritten zur Umsetzung gehören dazu auch eine Mitteilung über das europäische Stromverbundziel von 10% und eine Mitteilung zu den Erwartungen der EU an ein weltweites Klimaschutzabkommen, das im Dezember 2015 in Paris („Auf dem Weg nach Paris“) beschlossen wurde (siehe Seite 7/8).

Die zentralen vier Ziele der Energieunion sind:

1. Versorgungssicherheit: Damit strebt die Europäische Kommission eine verminderte Abhängigkeit der EU von einem einzelnen Lieferanten und Möglichkeit der alleinigen Versorgung durch die Nachbarn an, insbesondere im Falle von Störungen der Energieversorgung. Ziel der Europäischen Kommission ist ferner, mehr Transparenz zu erhalten, wenn EU-Länder Verträge über den Einkauf von Energie oder Gas mit Drittländern schließen.

2. Ein echter europäischer Energiebinnenmarkt: Damit ist der grenzübergreifende freie Fluss der Energie und die strenge Durchsetzung der geltenden Vorschriften in Bereichen wie Entflechtung und Unabhängigkeit der Regulierer gemeint; hier ist die Europäische Kommission auch bereit, erforderlichenfalls rechtliche Schritte anzuwenden. Ferner gehört zu einem europäischen Binnenmarkt die Neugestaltung des Strommarkts mit stär-

kerem Verbund, mehr erneuerbaren Energien und größerer Bedarfsorientierung, eine gründliche Überprüfung staatlicher Eingriffe auf dem Binnenmarkt und ein Abbau von Subventionen, die der Umwelt schaden.

3. Vorrang für Energieeffizienz: Die Europäische Kommission will die Energieeffizienz grundlegend überdenken und als eigenständige Energiequelle behandeln, damit sie gleichberechtigt mit Erzeugungskapazität konkurrieren kann.

4. Übergang zu einer dauerhaft CO₂-armen Gesellschaft: Hier geht es der Europäischen Kommission vor allem um eine Sicherstellung, dass vor Ort erzeugte Energie – auch aus erneuerbaren Quellen – einfach und effizient in das Netz eingespeist werden kann; weiterhin die Förderung der technischen Vorreiterrolle der EU durch Entwicklung der nächsten Generation der Technologien für erneuerbare Energien. Außerdem will die Europäische Kommission eine Spitzenstellung bei der Elektromobilität erringen, während gleichzeitig europäische Unternehmen die Ausfuhren steigern sollen, um im weltweiten Wettbewerb konkurrieren zu können.

Die europäischen Unternehmen für erneuerbare Energien erwirtschaften einen Jahresumsatz von insgesamt 129 Mrd. € und beschäftigen mehr als 1 Million Menschen. Mit dem umfangreichen Maßnahmenpaket will die Europäische Kommission die Vorreiterrolle der Unternehmen bei den weltweiten Investitionen in Erneuerbare Energien erhalten.

In der Mitteilung über das Verbundziel werden die Maßnahmen zur Erreichung des Stromverbundziels von 10% bis 2020

erläutert, dies ist die Mindestmenge, die notwendig ist, damit Energie zwischen den EU-Mitgliedstaaten fließen und gehandelt werden kann. Die Mitteilung gibt Auskunft darüber, welche Mitgliedstaaten das 10%-Ziel bereits erreicht haben und welche Maßnahmen notwendig sind, damit die Lücke bis 2020 geschlossen werden kann.

In der Mitteilung „Auf dem Weg nach Paris“ erläutert die Europäische Kommission ihre Vorstellungen für ein weltweites Klimaabkommen, das im Dezember 2015 in Paris geschlossen wurde. Die Europäische Kommission möchte ein transparentes, dynamisches und rechtsverbindliches weltweites Übereinkommen mit fairen und ehrgeizigen Verpflichtungen. Schließlich umfasst die Mitteilung die im Zuge der Beschlüsse des EU-Gipfels vom Oktober 2014 notwendigen Vorschläge für die geplanten Emissionsreduktionsziele.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte bei der Vorstellung des Maßnahmenpaktes: „Die Energie ist schon viel zu lange von den Grundfreiheiten unserer Union ausgeschlossen. Die aktuellen Ereignisse machen deutlich, was auf dem Spiel steht: Viele EU-Bürgerinnen und -Bürger befürchten, dass für sie nicht mehr genügend Energie da sein könnte, damit sie ihre Wohnungen heizen können. Jetzt geht es darum, dass Europa gemeinsam handelt – auf lange Sicht. Ich will, dass die Energie, die die Grundlage unserer Wirtschaft bildet, krisenfest, zuverlässig, sicher sowie zunehmend erneuerbar und nachhaltig ist.“

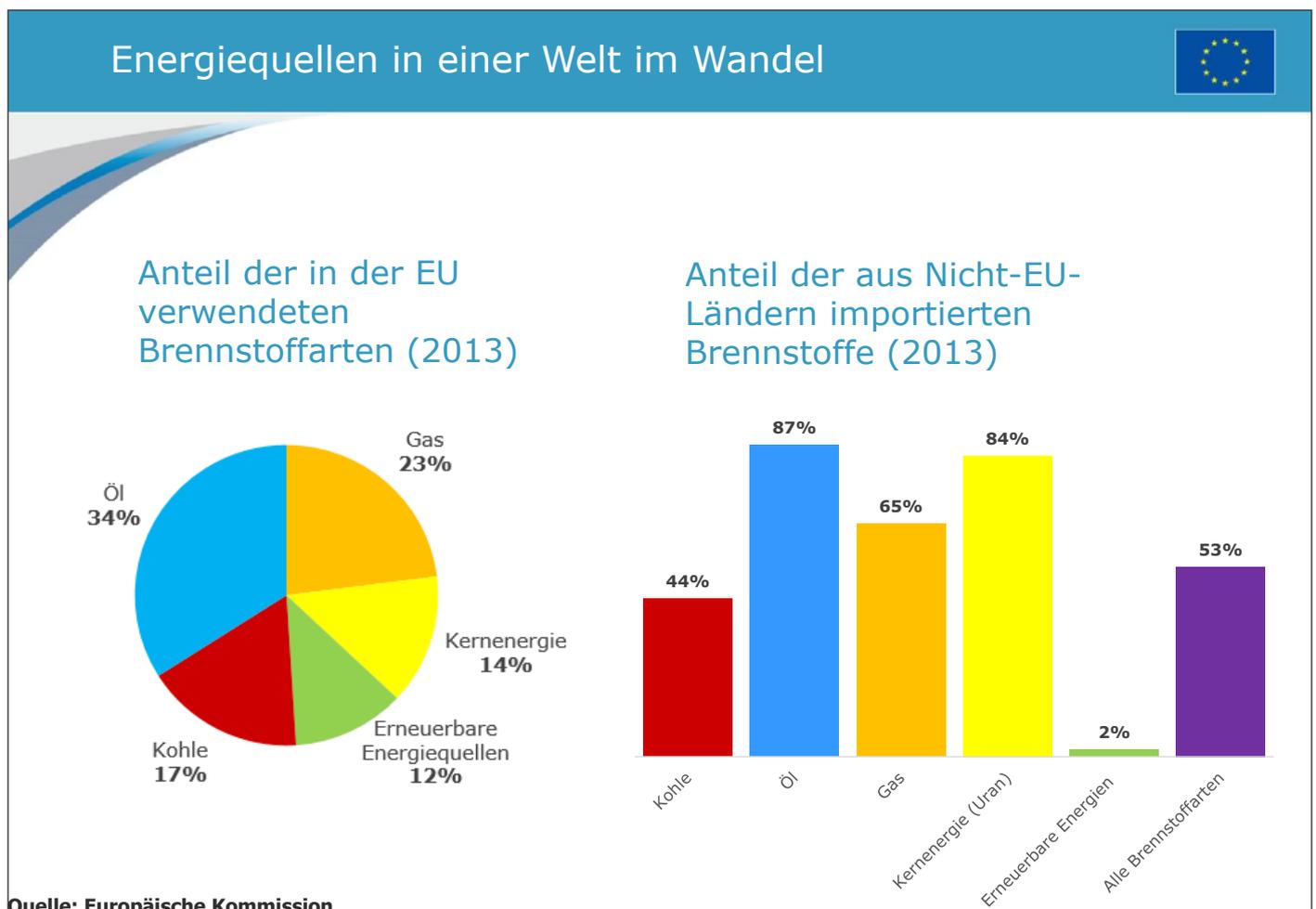
Maroš Šefčovič, für die Energieunion zuständiger Vizepräsident der Kommission, ergänzte: „Heute starten wir das ehrgeizigste europäische Energieprojekt seit der Gründung der Gemeinschaft für Kohle und

Stahl – ein Projekt, das unsere 28 europäischen Energiemärkte zu einer gemeinsamen Energieunion zusammenschließt, die Energieabhängigkeit Europas verringert und Investoren die Planbarkeit gibt, die sie so dringend brauchen, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Heute bringen wir eine grundlegende Umstellung auf eine CO₂-arme und klimafreundliche Wirtschaft in Gang, die die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt, indem sie Energie für sie erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger macht.“

Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, erklärte: „Lasst uns an die Arbeit gehen! Heute haben wir die Weichen für einen vernetzten, integrierten und sicheren Energiemarkt in Europa gestellt. Jetzt wollen wir ihn verwirklichen.“

Hintergrund:

Die EU ist nach Angaben der Europäischen Kommission zurzeit der größte Energieimporteur weltweit: 53 Prozent der Energie werden eingeführt, die jährlichen Kosten dafür betragen rund 400 Mrd. Euro; zwölf EU-Mitgliedstaaten erfüllen nicht das Verbundziel der EU, wonach mindestens 10 Prozent der installierten Stromerzeugungskapazität grenzübergreifend verfügbar sein müssen, sechs EU-Mitgliedstaaten sind bei allen ihren Gasimporten von einem einzigen externen Anbieter abhängig, 75 Prozent der Gebäude in der EU sind nicht energieeffizient, der Verkehr zu 94 Prozent von Erdölzeugnissen abhängig, von denen 90 Prozent importiert werden. Zu der großen Abhängigkeit von auswärtiger Energie kommt hinzu, dass die Kosten für den Energieverbrauch in der EU wesentlich höher sind als z.B. in den USA, so sind die Großhandelspreise für Strom um 30



Prozent und die für Gas um mehr als 100 Prozent höher als in den USA.

EU-Kohäsionspolitik stützt die Strategie der EU-Energieunion

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Energieunion teilt die Europäische Kommission mit, dass im Rahmen der neuen EU-Strukturfondsförderperiode 2014 – 2020 die Förderung von „Energieprojekten“ eine wichtige Rolle spielen wird. Aus den Finanzmitteln der Kohäsionspolitik werden 38 Mio. in die emissionsarme Wirtschaft investiert, doppelt so viel wie in der vergangenen Förderperiode. Die bereitgestellten Finanzmittel sollen helfen, dringend nötige Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden, erneuerbare Energien, intelligente Stromnetze und einen nachhaltigen Stadtverkehr zu tätigen.

Das „Sommerpaket Energie“

Am 15.07.2015 hatte die Europäische Kommission umfassende klima- und energiepolitische Vorschläge verabschiedet. Durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die Energiekunden gestärkt, der europäische Strommarkt umgestaltet, die Energieverbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten aktualisiert und das Emissionshandelssystem reformiert werden.

Das Emissionshandelssystem der EU (EHS) ist das wichtigste Instrument der Europäischen Kommission bei der Bekämpfung des Klimawandels und auf dem Weg zu einer kohlestoffarmen Wirtschaft. Mit einem Legislativvorschlag will die Europäische Kommission das Emissionshandelssystem der EU grundlegend verändern. Dies soll der erste Schritt zur Verwirklichung

des Ziels der EU sein, bis 2030 die CO₂-Emissionen um mindestens 40 % zu senken. Die Gesamtmenge der Zertifikate soll sich ab 2021 um jährlich 2,2 % verringern (bisher 1,74%). Zudem soll das System der kostenlosen Zuteilung so geändert werden, dass verfügbare Zertifikate so wirksam und effizient wie möglich verteilt werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von strategischen Industriebereichen in der EU aufrecht zu erhalten, bei denen sonst die Gefahr besteht, dass die Produktion in Länder außerhalb der EU verlagert wird. Gleichzeitig sollen durch diese Reform Investitionen in innovative und umweltfreundliche Alternativen im Energiebereich gefördert werden.

Überarbeitung der Energieverbrauchskennzeichnung im Interesse größerer Klarheit

Für die Europäische Kommission steht die Energieeffizienz an erster Stelle und ist ein zentraler Grundsatz der Strategie für die Energieunion, denn die Energieeffizienz ist ein äußerst wirksames Mittel, um die Emissionen zu senken, Einsparungen für die VerbraucherInnen zu erzielen und die Importabhängigkeit der EU bei fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

Vor 20 Jahren wurde die Energieverbrauchskennzeichnung im Interesse größerer Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Diese war nach Ansicht der Europäischen Kommission Anreiz für die europäische Industrie, eine immer größere Zahl energieeffizienter Produkte zu entwickeln. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die Kennzeichnung zu komplex und zu kompliziert geworden sei; so waren die Buchstaben A bis G noch jeweils unterteilt in weitere Klassifizierungen von +-Zeichen.

Daher schlägt die Europäische Kommission eine Rückkehr zu der ursprünglichen Skala von A bis G vor. Die Überarbeitung sorgt nach Überzeugung der Europäischen Kommission für Kohärenz und Kontinuität und stellt sicher, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher fundierte Entscheidungen bei dem Kauf von Haushaltsgeräten treffen können, die zudem helfen, Kosten und Energieverbrauch zu sparen.

Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher

Für die Europäische Kommission stehen die Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt ihrer neuen Strategie. Daher schlägt sie neue Möglichkeiten für Energieverbraucher vor, die auf **drei Säulen** ruht:

1. Die VerbraucherInnen sollen durch eine fachlich verbesserte Information die Möglichkeit erhalten, Geld und Energie zu sparen
2. Die VerbraucherInnen sollen mehr Optionen für ihre Beteiligung an den Energiemärkten erhalten
3. Die Europäische Kommission ist entschlossen, den Verbraucherschutz weiterhin auf hohem Niveau zu halten.

Mit der Umsetzung der Strategie will die Europäische Kommission erreichen, dass die VerbraucherInnen durch klarere Werbevorschriften und Rechnungen, zuverlässige Preisvergleichsinstrumente und die Nutzung ihrer Verhandlungsmacht im Rahmen kollektiver Regelungen (z.B. Energiegenossenschaften) ebenso gut informiert bzw. in eine genauso starke Position gebracht werden wie die Käufer und Verkäufer auf den Großhandelsmärkten. Zusätzlich sollen die VerbraucherInnen die Chance haben, ihre eigene Energie unter fairen Bedingungen selbst zu erzeugen und zu

verbrauchen, um so Geld zu sparen, die Umwelt zu schützen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Umgestaltung des Energiemarktes

Die Europäische Kommission will mit der Strategie für eine EU-Energieunion zur Verwirklichung der ehrgeizigen Klima- und Energieziele für 2030 beitragen und damit dafür sorgen, dass die EU die Führungsrolle bei den Erneuerbaren Energien in der Welt einnimmt. **Um dieses Ziel zu erreichen, muss nach Überzeugung der Europäischen Kommission das europäische Stromsystem grundlegend geändert werden, hierzu gehört auch die Umgestaltung des europäischen Strommarktes.**

Anlässlich der Vorstellung dieses sog. Sommerpakets sagte der für Klimapolitik und Energie zuständige EU-Kommissar Miguel Arias Canete: „... Heute haben wir einen entscheidenden Schritt getan, um das EU-Ziel einer Emissionssenkung um mindestens 40 Prozent bis 2030 in Rechtsvorschriften zu verankern. Meine Botschaft an unsere Partner in der Welt im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris lautet: Die EU kommt ihren internationalen Verpflichtungen nach. **Und meine Botschaft an Investoren, Unternehmen und Industrie lautet: Investieren Sie in saubere Energien – dieser Sektor hat sich etabliert und wird weiter wachsen.** Mit diesen Vorschlägen wird Europa erneut den Weg weisen und bei dem globalen Übergang zu einer kohlenstoffemissionsarmen Gesellschaft die Führung übernehmen“.

Europäische Kommission betont historische Einigung bei Pariser Klimakonferenz

Die am 12. Dezember 2015 erzielte Einigung auf dem Pariser Klimagipfel, die

erstmalig zu einem verbindlichen und globalen Klimaschutzabkommen geführt hat, bezeichneten Jean-Claude Juncker und der für die Verhandlungen zuständige EU-Kommissar, Miguel Arias Canete (zuständig für Klimapolitik und Energie) als **historisch**. Beide betonten, dass die EU, die Monate vor Beginn und während der Klimaverhandlungen eine treibende Kraft gewesen sei, ihre Kernziele erreicht habe. Die Einigung der 195 beteiligten Staaten an der UN-Klimakonferenz sei das Ergebnis jahrelanger Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und könne den Weg zu einer Energiewende ebnen. Dieses robuste Abkommen bereite den Weg hin zu einer globalen, sauberen Energiewende, sagte Juncker. „Heute hat die Welt eine Rettungsleine bekommen, eine letzte Chance, künftigen Generationen eine stabilere Welt zu hinterlassen, einen gesünderen Planeten, fairere Gesellschaften und eine erfolgreichere Wirtschaft“, sagte Juncker.

Unter vier Überschriften fasst die Europäische Kommission die Ergebnisse der Klimaschutzkonferenz zusammen:

1. Ambition: Die Regierungen haben sich auf das langfristige Ziel geeinigt, die durchschnittliche Erderwärmung unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter (1990) zu halten; der Anstieg der globalen Erderwärmung soll auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden, mit diesem Wert glaubt man, die Risiken des gefährlichen Klimawandels bedeutend mildern zu können. Das Abkommen gilt auch für die vielen Entwicklungsländer, die inzwischen für 65 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, und erkennt an, dass diese hierfür mehr Zeit benötigen. Das Abkommen sieht jedoch vor, dass in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Treibhausgasemissionen der Entwicklungsländer bei nahezu Null liegen.

Bis zum Abschluß des Vertrages hatten 185 Staaten nationale Emissionsminderungsziele vorgelegt.

2. Verpflichtung: Im Abstand von fünf Jahren sollen die nationalen Klimaschutzziele aller 195 Staaten überprüft und ambitionierter als von der Wissenschaft gefordert, gefasst werden. Zudem verpflichten sich die Staaten dazu, sich gegenseitig regelmäßig und der Öffentlichkeit zu berichten, wie sie bei der Erreichung ihrer Klimaschutzziele vorankommen.

3. Solidarität: Damit die Entwicklungsländer ihre Klimaschutzziele schneller und leichter erreichen können, werden die EU und die anderen entwickelten Staaten sie finanziell unterstützen; jährlich sollen ab 2020 hierfür 100 Mrd. \$ bereitgestellt werden.

4. Verluste und Schäden: Die 195 Staaten haben sich darüber hinaus verpflichtet, stärker zu kooperieren, um z.B. Frühwarnsysteme, die Vorbereitung auf Notsituationen und Risikoversicherungen zu verbessern.

„Diese Einigung ist ein großer Erfolg für Europa. Und noch viel wichtiger: sie ist ein großer Erfolg für die Weltgemeinschaft“, ergänzte Canete. „Europa sei führend bei den Pariser Verhandlungen gewesen, die EU habe Allianzen geschlossen und andere Staaten hätten sich angeschlossen. Die Kernziele, die die EU immer wieder im Vorfeld des Klimagipfels formuliert habe (Überprüfung und Transparenz) fänden sich im geschlossenen Abkommen wieder. „Die Europäer können stolz auf Europa sein“, schloss Canete.

Der EU-Kommissar betonte auch die „große Chance“ die das Abkommen für die EU und ihre Wirtschaft bedeute. **Gleichzeitig verwies Canete darauf, dass die Umsetzung des Abkommens eine Aufgabe für den Rest des Jahrhunderts sei.** Die harte Arbeit beginne erst, nun müss-

ten die Versprechen in die Tat umgesetzt werden.

Europäische Kommission legt Vorschläge für eine sichere und krisenfestere Energieversorgung vor

Die Europäische Kommission hat am 16.02.2016 mehrere Vorschläge für eine sichere und krisenfestere Energieversorgung gemacht. Im Wesentlichen geht es darum, besser gegen Störungen/Unterbrechungen von Gasversorgung gewappnet zu sein, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Solidarität bei schwankenden Energieversorgungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erhöhen und den Energiebinnenmarkt transparenter zu machen.

Die Vorschläge umfassen vier Punkte:

1. Eine Überarbeitung der Verordnung über die Sicherung der Gasverordnung hin zu mehr Solidarität und einem regionalen Ansatz und mehr Transparenz zu Gaslieferverträgen, die für die Versorgungssicherheit relevant sein können.
2. Die Einführung einer Vorab-Prüfung zwischenstaatlicher Abkommen durch die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten im Energiebereich abschließen
3. Eine Strategie für Flüssig-Erdgas (NLG) und die Gasspeicherung und
4. Eine Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung und eine Analyse der Energieeinsparpotentiale des Sektors

Im Einzelnen sehen die Vorschläge der Europäischen Kommission folgendes vor:

Sicherung der Gasversorgung

Gas spielt bei der Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen eine zentrale Rolle und bleibt nach Expertenmeinung eine wichtige Komponente im Energiemix der EU. Die Europäische Kommission möchte nach den vergangenen Erfahrungen über Energie-Abhängigkeiten von Lieferanten aus Drittländern besser für evtl. Störungen der zukünftigen Gasversorgung gewappnet sein. **Zu diesem Zweck führt sie erstmals einen Subsidiaritätsgrundsatz ein, nachdem benachbarte Mitgliedstaaten sich gegenseitig helfen sollen, in einem schweren Krisenfall gegenseitig sowohl die Gas- als auch die Gesundheits- und Notversorgung zu sichern wie auch die Sicherheitsdienste zu gewährleisten.**

Zukünftig will die Europäische Kommission von einem nationalen zu einem regionalen Ansatz wechseln. Dies bedeutet eine bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, vor allem bei möglichen gleichzeitigen Krisen, bei der Bewertung gemeinsamer Risiken und den tatsächlich verfügbaren Ressourcen.

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern an den Grenzen der EU soll verbessert werden, indem die Länder der Energiegemeinschaft in eine effektivere Vorbeugung und in die Bewältigung möglicher Gasversorgungskrisen an den Grenzen zwischen der EU und den Vertragsparteien der Energiegemeinschaft einbezogen werden. Als zusätzliche Transparenzmaßnahme will die Europäische Kommission erreichen, dass bestimmte Verträge, die die Gasversorgungssicherheit betreffen, von den Erdgasunternehmen bei Abschluss oder Änderung nicht nur den Mitgliedstaaten, sondern auch der Europäischen Kommission gemeldet werden müssen.

Zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich

In der Zukunft soll für alle zwischenstaatlichen Abkommen zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren Nicht-EU-Staaten, die Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung und das Funktionieren des Energiebinnenmarktes der EU haben, **eine verbindliche Vorab-Prüfung eingeführt werden**. Diese vorherige Prüfung soll auch Vereinbarungen betreffen, die nicht rechtsverbindlich sind, z.B. gemeinsame politische Erklärungen und Absichtserklärungen, die die Auslegung des EU-Rechts betreffen oder aber Bedingungen für die Energieversorgung (z.B. Preise) oder den Ausbau der Energieinfrastruktur festlegen.

Dies bedeutet konkret, dass die EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission den jeweiligen Entwurf des Vertrages vorab vorlegen müssen. Und in Zukunft sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, die Stellungnahme der Europäischen Kommission zu einzelnen Punkten des Vertrages in die endgültige Fassung miteinzubringen.

In diesem Zusammenhang teilte die Europäische Kommission mit, dass ihr bis 2012 insgesamt 124 zwischenstaatliche Abkommen gemeldet wurden; davon betrafen 60 % die allgemeine Zusammenarbeit im Energiebereich, 40 % die Versorgung mit oder die Einfuhr oder den Transit von Erdöl, Erdgas oder Strom, den Ausbau der Energieinfrastruktur oder Vorschriften für die Nutzung von Öl- und Gasfeldern; bei 17 Verträgen äußerte die Europäische Kommission Bedenken.

Eine Strategie für Flüssigerdgas (LNG) und die Speicherung von Gas

Europa ist der weltgrößte Importeur von

Erdgas und verfügt über beträchtliche LNG-Einfuhrkapazitäten – zurzeit reichen die Reserven aus, um 43 % des derzeitigen Gasbedarfs zu decken. Die Europäische Kommission verweist allerdings darauf, dass es nach wie vor beträchtliche regionale Unterschiede bei dem Zugang zu LNG gebe.

Mit der neuen Strategie will Brüssel den allgemeinen Zugang für alle Mitgliedstaaten zu LNG als alternative Gasversorgungsquelle verbessern. Die wichtigsten Elemente dieser Strategie sind der Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen, die für die Vollendung des Energiebinnenmarktes von strategischer Bedeutung ist und die Ermittlung von Projekten, die durchgeführt werden müssen, um die Abhängigkeit einiger EU-Mitgliedstaaten von einer einzigen Versorgungsquelle zu beenden.

Eine Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung

Nach Ermittlungen der Europäischen Kommission entfällt die Hälfte der insgesamt in der EU verbrauchten Energie auf die Wärme- und Kälteerzeugung für Gebäude und Industrie; 75 % der dafür verbrauchten Energie sind fossile Brennstoffe. Mit der neuen Strategie will die Europäische Kommission eine Senkung der CO₂-Emissionen erreichen, die durch das Heizen und Kühlen von Gebäuden und in der Industrie verursacht werden. Denn eine höhere Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien trügen zu einer höheren Sicherheit der Energieversorgung bei.

Energy Union Roadshow von EU-Kommissar Maroš Šefčovič – Deutschland als Motor der europäischen Energieunion

Eine europäische Energieunion soll für sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energie in Europa sorgen – das war die zentrale Botschaft des Vize-Präsidenten der Europäischen Kommission, dem für die Energieunion zuständigen Kommissar Maros Sefcovic auf seiner Energy Union Roadshow durch die 28 EU-Mitgliedstaaten. Bei seinem Besuch im Juni 2015 in Berlin sagte Sefcovic, Ziel der Energieunion sei es, die 28 europäischen Energiemärkte zusammenzuschließen, durch den Ausbau grenzüberschreitender Energieinfrastruktur sowie eine Diversifizierung der Energiequellen in der EU und der Lieferanten außerhalb der EU; mehr Energieeffizienz und mehr Energie aus erneuerbaren Quellen sollen die Versorgungssicherheit der EU stärken.

In dem Jahresbericht der Vertretung der Europäischen Kommission Berlin berichtete der Leiter der Vertretung, Richard Kühnel, dass über das Jahr 2015 in Gesprächen, Veranstaltungen und Analysen immer wieder klar geworden sei, dass Deutschland eine zentrale Rolle für den europäischen Energiemarkt spiele. Um diese Rolle aber ausfüllen zu können, müsse Deutschland seine Investitionen in Netzausbau, Energieeffizienz und erneuerbare Wärmeerzeugung teilweise erheblich erhöhen.

Im November 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Bilanz zu den Fortschritten der 28 EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zur Energieunion. Für **Deutschland** weist der Bericht auf die generell positiven Entwicklungen hin, u.a. auf die deutsche Spitzentechnologie bei Patenten für klimafreundliche Technologien oder die gute grenzübergreifende Infrastruktur für Gas.

Auf dem diesjährigen Kongress des Bundesverbandes für Energie- und Wasserwirtschaft in Berlin am 08.06.2016 betonte Sefcovic noch einmal die weitreichende Bedeutung der europäischen Energieunion. "Bei diesem Projekt geht es um die Modernisierung der gesamten Wirtschaft", so habe Energiepolitik u.a. Einfluss auf die Digitalisierung der Wirtschaft.

Auf dem diesjährigen Kongress des Bundesverbandes für Energie- und Wasserwirtschaft in Berlin am 08.06.2016 betonte Sefcovic noch einmal die weitreichende Bedeutung der europäischen Energieunion. "Bei diesem Projekt geht es um die Modernisierung der gesamten Wirtschaft", so habe Energiepolitik u.a. Einfluss auf die Digitalisierung der Wirtschaft. Außerdem kündigte Sefcovic an, dass die Europäische Kommission Ende 2016 ihre angekündigten Vorschläge für ein modernisiertes Marktdesign vorstellen werde, das die flexible Nachfrage nach Energie und die geänderte Rolle der Energieverbraucher widerspiegeln soll.

„Die Europäische Energieunion aus regionaler Sicht“ – Veranstaltung des Rhein-Kreises Neuss mit seinem Europe Direct Informationszentrum Mittlerer Niederrhein und dem Rhein-Erft-Kreis am 19.09.2016 auf Schloss Paffendorf

Der Rhein-Kreis Neuss und der Rhein-Erft-Kreis bilden einen zentralen Energiestandort im Rheinland, der von den Beschlüssen und Maßnahmen zur Schaffung einer Energieunion vielfältig betroffen ist, da in beiden Kreisen große Braunkohlekraftwerke stehen (u.a. zwei BoA-Kraftwerke, in Grevenbroch-Niederaußem das modernste BoA-Kraftwerk der Welt). Nach den Beschlüssen der großen Koalition zur schnelleren Stilllegung von Braunkohle-Kraft-

werken müssen sich beide Kreise neu aufstellen und BürgerInnen wie Unternehmen eine klare Zukunftsstrategie zur Sicherung von Energie zu akzeptablen Preisen und zur Förderung von alternativen Energien anbieten.

Weitere Partner der Energiekonferenz sind RWE Power AG und der polnische Partnerkreis Mikołów (Woiwodschaft Schlesien).

Im Rahmen des Jahresprogramms des Europe Direct Informationszentrums Mittlerer Niederrhein wird am 19.09.2016 eine Konferenz zu dem Themenkomplex auf Schloss Paffendorf stattfinden. Unter der Überschrift „Die Europäische Energieunion aus regionaler Sicht“ laden der Rhein-Kreis Neuss und der Rhein-Erft-Kreis Experten der Europäischen Kommission, Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen, des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein sowie den amerikanischen Generalkonsul zu einem Wissens- und Erfahrungsaustausch ein.

Im Rheinischen Braunkohlenrevier werden derzeit die Vorbereitungen für den kommenden Strukturwandel getroffen und entsprechende Weichen gestellt; besondere Aktualität erhält die Thematik auch durch die neue Leitentscheidung der Landesregierung für den Tagebau Garzweiler II (Verkürzung des Abbaus).

Ziel der Veranstaltung ist, Planungen und Zielsetzungen der Europäischen Energieunion vorzustellen und die kurz- wie langfristigen Auswirkungen auf die zukünftige Energieversorgung und den Klimaschutz aus der Sicht der beiden Kreise zu erklären; vor allem geht es um die Frage, wie in der Region der Übergang von fossilen zu den erneuerbaren Energieträgern gelingen kann, ohne dass es zu größeren wirtschaftlichen und sozialen Brüchen kommt. In diesem Zusammenhang stellt sich für die Unternehmen und ihre ArbeitnehmerInnen die Frage, welche Hilfs- und Förderinstrumente die Europäische Kommission vorgesehen hat, den notwendigen Strukturwandel zu erleichtern.

Am Nachmittag folgt zur Demonstration der Kraftwerkstechnologien und des Braunkohlentagebaus eine Befahrung des Braunkohleabbaugebietes Garzweiler II und des BoA-Kraftwerks Grevenbroch-Neurath.

Zusammengefasst hat die Veranstaltung folgende Ziele:

- Pläne und Zielsetzungen der Europäischen Kommission zur EU-Energieunion und den Stand der Umsetzung vorzustellen und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Regionen deutlich werden zu lassen – für den Rhein-Kreis Neuss mit seinem polnischen Partnerkreis Mikołów aus der Woiwodschaft Schlesien und dem Rhein-Erft-Kreis
- Erfahrungsaustausch zu der Nutzung von Kraftwerkstechnologie zu initiieren
- Strategien des energiepolitischen Strukturwandels und der Umstellung auf Erneuerbare Energien vorzustellen und zu diskutieren
- Über die Frage der Sicherung der Energie zu akzeptablen Preisen für BürgerInnen und Unternehmen zu informieren und über mögliche Lösungskonzepte für die Zukunft zu diskutieren
- Experten der Europäischen Kommission, des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen und der heimischen Energieunternehmen zu einem Austausch an Erfahrungen und Erwartungen für die Zukunft des hiesigen Standortes einzuladen
- Einen Überblick über die Energiepolitik und energiepolitische Ausrichtung von Polen und der Woiwodschaft Schlesien zu erhalten.

Eine Einladung werden wir rechtzeitig versenden, gerne können Sie schon jetzt Ihr Interesse anmelden, die Teilnahme ist kostenlos.

Quelle und weitere Informationen:

EU-Aktuell vom 14.12.2015 EU-Aktuell vom 04.02.2016 , EU-Aktuell vom 16.02.2016, web-site: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-307_de.htm, EU-Aktuell vom 26.02.2016, EU-Aktuell vom 27.02.2016 und EU-Informationen des Europe Direct Informationszentrums Mittlerer Niederrhein, Ausgabe Dezember 2014: "Die neue Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker hat ihre Arbeit aufgenommen", web-site: <http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/verwaltung-politik/aemterliste/europabuero/formulare-publikationen/EU-InfosEDIMN-2014-12.pdf>, EU-Aktuell vom 08.06.2016, web-site: http://ec.europa.eu/germany/news/%C5%A1ef%C4%8Dovi%C4%8D-betont-berlin-die-europ%C3%A4ische-dimension-der-energie-wende_de?newsletter_id=188&utm_source=representations_newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=EU-Aktuell&utm_content=%20ef%20ovi%20betont%20in%20Berlin%20die%20europ%C3%A4ische%20Dimension%20der%20Energiewende&lang=de



Rhein-Kreis Neuss – Der Landrat
EUROPE DIRECT Informationszentrum
Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis
Ruth Harte/Lydia Merker
Oberstraße 91, 41460 Neuss
Tel.: 02131-928-7600/7601
Fax: 02131/928-7699
e-mail: ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de

Die Herausgabe der „EU-Informationen“ wird finanziell durch die Europäische Kommission gefördert.